

GATS - Auswirkungen auf unseren Alltag

von Inge Hasenöhl und Angelika Hofmann

GATS – Warum sollte mich das interessieren?

GATS - General Agreement on Trade in Services (deutsch: Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) ist ein umfassendes Abkommen zur Liberalisierung und meist Privatisierung von Dienstleistungen und somit ein gravierender Eingriff in die Grundversorgung von uns allen. Vor allem wir Frauen werden es sein, die dadurch entstehende Lücken mit Arbeit zu füllen haben und für die selbst der Zugang zu diesen Dienstleistungen erschwert wird.

Der Dienstleistungssektor macht in den Industrieländern zirka zwei Drittel der Wirtschaftsleistung aus. Unter „öffentlichen Diensten“ versteht man die soziale Absicherung und Grundversorgung, wie eine Kranken- und Pensionsversicherung, das Bildungssystem, von Grundschule bis Universität und beruflicher Weiterbildung, der öffentliche Verkehr, Umweltdienste (wie Stadtsanierung, Landschaftsschutz, Müllentsorgung), kulturelle Angebote (öffentliche Bibliotheken, Archive, Museen[1], Kulturdenkmäler u.ä.), Strom, bzw. die Energieversorgung, Wasser, Telefon, Post, u.v.a.m.

Der größte Anteil der Ausgaben privater Haushalte fließt in Bereiche, die derzeit durch staatliche oder kommunale Einrichtungen zu Selbstkosten solidarisch organisiert und zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere bei Gesundheit und Bildung erwarten sich nun Kapitalanleger durch die internationalen GATS-Verträge hohe Profite. Denn „der Kuchen“ ist groß: auf dem noch staatlich kontrollierten Gesundheitsmarkt werden weltweit jährlich 3.500 Milliarden US-Dollar umgesetzt, auf dem Bildungsmarkt 2.200 Milliarden und der Weltwassermarkt wird auf 500 Mrd. US-Dollar geschätzt. Sollte sich die Lobby der internationalen Konzerne in der WTO (Welthandelsorganisation/World Trade Organisation) gegen nationalstaatliche Interessen durchsetzen, müssen künftig all diese Dienstleistungen ebenso verkauft werden wie Mode und Kosmetik – nämlich profitorientiert.

Wir meinen: Soziale Grundversorgung darf nicht zu einem neuen riesigen Geschäftszweig der weltweit größten Unternehmen werden!

Seit Anfang 2000 laufen die GATS-Verhandlungen, bis Juni 2002 mussten alle WTO-Mitgliedsländer die jeweils anderen Länder dazu auffordern, bestimmte Dienstleistungssektoren für ausländische Mitbieter zu öffnen ("Request-Phase") und bis März 2003 sind all jene Bereiche zu benennen, die die einzelnen Länder selbst liberalisieren werden ("Offer-Phase"). Die Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das ist umso brisanter, als einmal eingegangene Verpflichtungen nur im Austausch mit anderen Liberalisierungen zurückgenommen werden können.

Außerdem verpflichten sich die GATS-Länder zur einer permanenten Weiter-liberalisierung. Auch Österreich als WTO-Mitglied hat seine Verpflichtungslisten bereits ausgearbeitet. Und unsere Regierung hütet die Tradition der Undurchsichtigkeit ebenso wie die Hauptnutznieser, die führenden Unternehmen am Weltmarkt. **Dieses Schweigen gilt es aufzubrechen!** Denn es wird alle Bereiche unseres Lebens verändern, erschweren, verteuern und uns Frauen zusätzliche Hausarbeit "bescheren".

Die „Wünsche“ (requests) des US-Verbandes für das Dienstleistungsgewerbe umfassen 31 Seiten. An erster Stelle darin steht das europäische Gesundheitswesen; Hinder-nisse für die Expansion bzw. „Durchdringung dieser Märkte durch die amerikani-sche Privatwirtschaft[2] sieht dieser Verband allerdings darin, dass in fast allen Ländern Europas das Gesundheitswesen in staatlicher Hand liegt. Und bereits 1998 stellte er, ebenso wie die Internationale Handelskammer ICC fest, dass sich dies ändern müsse. Dementsprechend sind die Forderungen dieser Unternehmensvertreter auf internationaler Ebene und sie werden in dieser Hinsicht von der US-Regierung tatkräftig unterstützt.

GATS-Prinzipien und die Folgen

Die Artikel der WTO sehen vor, dass alle WTO-Mitgliedsländer sich verpflichten, Privatisierungen voranzutreiben, all ihre nationalen Gesetze wettbewerbskonform zu reformieren, ihre Märkte zu öffnen und ausländische Unternehmen bezüglich Subventionen den inländischen gleichzustellen (Inländerbehandlung). Damit sollen Dienstleistungen grenzüberschreitend und möglichst international erbracht werden können. Zudem soll das öffentliche Vergabewesen den WTO-Regeln unterworfen werden, was bedeutet, dass die Angebotsberechtigung bei öffentlichen Ausschreibungen[3], die bisher nur EU-Firmen haben, auf internationale Ebene ausgedehnt wird.[4]

Regelungen und Gesetze im öffentlichen Interesse können von der WTO als „handelshemmende Maßnahmen“ angesehen werden und müssen dann zugunsten von Investitionsbedingungen ebenso aufgegeben werden wie nationale Arbeitsgesetze und Regelungen sozialer Sicherheit. Dies trifft insbesondere Frauen sowohl durch veränderte Arbeitsgesetzgebung, da sie mehrheitlich in schlechtbezahlten Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, aber auch durch schlechtere soziale Absicherungen bezüglich Kranken- und Altersversorgung.

Das Prinzip der Nicht-Diskriminierung im Artikel II des GATS meint nicht etwa eine menschenrechtliche Gleichbehandlung (aufgrund von Geschlecht, Rasse, Herkunft), wie wir spontan assoziieren würden, nein, hier geht es ausschließlich um wirtschaftliche Diskriminierung: Nationale und internationale Anbieter müssen gleich behandelt werden, ohne Unterschied, ob es ein Konzern oder ein Kleinbetrieb, eine Profit- oder Non-Profit-Organisation, der Staat oder die Gemeinde oder ein privates Unternehmen ist. Subventioniert ein WTO-Mitgliedstaat beispielsweise eine einheimische Not-for-Profit Bildungseinrichtung, die geschlechtssensible Seminare anbietet, muss er diese Subvention auch einem ausländischen Konzern gewähren, der nur „normale“ - und damit in männerdominierten Kategorien und Wertvorstellungen verhaftete, "genderblinde" -Programme liefert.

In diesem GATS-Sinne verhandeln die Lobbyisten der Konzerne, allen voran Firmen wie American-Express, ohne deren enormen Druck es kein Dienstleistungsabkommen gegeben hätte. Wenn die Gewinner ausländische Großkonzerne, aber auch heimische marktführende Privatfirmen (die quasi als NutznießerInnen des von außen kommenden Sachzwangs den öffentlichen Sektor unter Druck setzen) sind, dann sind die VerliererInnen eindeutig ArbeitnehmerInnen und „die KundInnen“ bzw. die NutzerInnen öffentlicher Dienstleistungen, ganz besonders die Frauen. Nicht zuletzt wird das demokratische System empfindlich geschwächt und damit der Einfluss aller Menschen, die nicht über ausreichende materiell-finanzielle Macht verfügen.

Was hat das alles mit mir zu tun?

Was hat das mit dem Leben von uns Frauen zu tun?

Stellen Sie sich vor...

... Sie haben eine Altersversorgung wie in den USA, wo die Menschen alle 10 – 15 Jahre neu beginnen müssen einzuzahlen, weil inzwischen das Unternehmen in Konkurs gegangen ist oder jemand die Gelder „entnommen“ hat? Und es gäbe keine Absicherungen auf staatlicher Ebene. Denn: die Freiheit des Wettbewerbs schließt vieles ein. Dabei ist erwiesen, dass die Kosten der Verwaltung in der privaten Pensionsversicherung 10 bis 30 % der Beiträge ausmacht, während das öffentliche Pensionssystem in Österreich mit 1,8 % Verwaltungskosten auskommt.

Stellen Sie sich vor ...

... dass das öffentliche Gesundheitssystem, wo die Beiträge nach dem Einkommen bemessen sind, liberalisiert und in der Folge von privaten Anbietern übernommen wird. Es ist eine Tatsache, dass in der privaten Krankenversicherung jene hohe Beiträge zahlen, deren Risiko für Erkrankungen höher ist. D.h. alte und (chronisch) kranke Menschen zahlen die höchsten Beiträge, falls jemand nicht ohnehin bei einer schweren Krankheit, etwa Krebs, von der Versicherung gekündigt wird. Frauen z.B. zahlen in der Privatpension für dieselbe Leistung höhere Beiträge als Männer, weil sie eine höhere Lebenserwartung haben. Schwangerschafts- und Kindererziehungszeiten werden – im Gegensatz zum öffentlichen System – selbstverständlich nicht angerechnet.

Übrigens: In der Schweiz waren die ersten Bereiche, die dem Rotstift zum Opfer fielen, auf dem Gebiet der Gynäkologie zu verzeichnen. Dies kann als Einübung in die Kostenargumente und das Profitdenken des Neoliberalismus gesehen werden. Und in Großbritannien muss heute auf lebensnotwendige Operationen 2 Jahre gewartet werden (wobei älteren Menschen solche Operationen oft überhaupt verwehrt werden). Es wird den PatientInnen sogar empfohlen, für Operationen ins Ausland zu gehen, wo sie dann bemerken müssen, dass Spitäler nicht notwendigerweise eine jämmerliche Hygiene und Ausrüstung haben müssen.

Stellen Sie sich vor...

... dass die Wasserpreise nach der Liberalisierung um 50 % steigen (Beispiel Großbritannien)[5] oder um 100 % wie in Bolivien, was Massenproteste auslöste und sogar der Staat vom betroffenen privaten Unternehmen geklagt wurde[6]. Wasser zum Wäschewaschen z.B. in der Waschmaschine wäre 20 Mal teurer als heute. Sind Sie bereit, wieder auf Handwäsche umzusteigen wie zu Großmutterns Zeiten, um kostbares, weil zu teures, Wasser zu sparen? In Großbritannien wurde 19.000 Haushalten der sprichwörtliche Wasserhahn abgedreht, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Wer glauben Sie, sind die Hauptleidtragenden in solchen Fällen? Nicht selten alleinerziehende Mütter mit Kleinkindern?

Auch der Qualitäts-Standard bleibt auf der Strecke: seit der Privatisierung von Wasser haben sich in Großbritannien die Hepatitis A-Fälle um 200 % erhöht, die von Dysenterie (Ruhr) um 600 %. Wer betreut die Kranken und vor allem die Kinder, wenn sie durch verschmutztes Wasser lebensgefährliche Krankheiten bekommen? Und wer betreut Sie, wenn ein ausschließlich gewinnorientiertes privates Gesundheitssystem nicht mehr alle Leistungen zu decken bereit ist?

Stellen Sie sich vor...

... dass alle Bildungseinrichtungen in Händen von Konzernen sind, deren Hauptziel es ist, Gewinne zu machen, die ihre Angebote nach der Kaufkraft reicher Kunden ausrichten? Nicht lange wird es dauern, bis es nur noch „lohnende“ Studienrichtungen gibt, weil nur diese von der Wirtschaft gebraucht und von ihr unterstützt werden.[7] Die heutige umfassende „Allgemeine Bildung“, für die Österreich international bekannt ist, die es Menschen ermöglicht, auch kritikfähig zu sein, Zusammenhänge zu erfassen und mit der Bildung von Werten und Wertigkeiten an der Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft teilzuhaben, wird rasch zugunsten fachspezifischen Spezialwissens und Fertigkeiten eingespart sein.

Wo glauben Sie, bleiben die wahren Talente und Neigungen Ihrer Kinder? Und wer, Sohn oder Tochter, wird den Vorrang haben, wenn es darum geht, ein teures Kolleg, ein teures Studium zu bezahlen? Wird dann nicht wieder der Sohn bevorzugt, weil man hofft, dass die Tochter von ihrem zukünftigen Mann versorgt wird? Für Frauen bedeutet dies weniger Zugang zu Bildung, was sich wiederum auf die Möglichkeit auswirkt, zu Entscheidungspositionen zu gelangen oder generell in Entscheidungsprozessen eingebunden zu sein. In Tirol z.B. ging durch die Einführung von Studiengebühren an Universitäten die Anzahl der erstinskribierenden Frauen um 35 % zurück und wenn in Parlamenten und in Chefetagen von Unternehmen so wenige Frauen vertreten sind, hängt dies wesentlich mit der Bildung zusammen.

Stellen Sie sich vor...

... dass die staatliche Gesundheits- und Altersversorgung abgeschafft ist und profitorientierte Konzerne diesen „Job“ übernommen haben. Die Krankenpflege in Krankenhäusern wird aus Gründen der Kostenoptimierung reduziert, Krankenschwestern verlieren ihre relativ gesicherten Arbeitsstellen.

Wer pflegt ihn, den Vater, die Mutter, die Kinder? Etwa die Ehefrau, die Mutter, die Tochter oder Schwiegertochter? Statistiken zeigen, dass bei nahen Angehörigen es zu über 50 % die Frauen der Familie sind, die die Pflege übernehmen – durch die Privatisierung wird diese Ziffer wesentlich ansteigen!

Wer aber pflegt Sie, wenn Sie krank sind, etwa, weil Sie unter der Last und Überarbeitung selbst zusammenbrechen, oder weil Ihr geringes Gehalt eine private Altersversicherung nicht oder nur in geringem Maße erlaubt hat? Wer bezahlt Ihren Lebensabend? Oder haben Sie, haben wir, haben Frauen, kein Recht auf ein sorgenfreies Alter?

Über 80 % der erwerbstätigen Frauen in der EU arbeiten im Dienstleistungssektor. Diese Frauen werden die ersten sein, die den erhöhten Wettbewerb nach der Liberalisierung zu spüren bekommen, da private Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Kostenreduktion bei Löhnen, vor allem bei niedrigen Frauenlöhnen, zu steigern versuchen.

Flexibilisierung, „Outsourcing“ in kollektivvertraglich schlechter gestellte Branchen oder in andere Länder (Billiglohnländer) und die Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeit- bzw. geringfügige Beschäftigung, in Werk- oder freie Dienstverträge sind die Mittel, mit denen heute Belastungen auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt und Profite und Aktiengewinne erhöht werden.

Studien haben bestätigt, dass Handelsliberalisierung die ohnehin große Lohnschere zwischen Männern und Frauen weiter öffnet: waren es vor 3 Jahren 1/3 weniger, sind es mittlerweile bereits über 40 %, um die Frauen in Österreich weniger verdienen. Dies auch, weil viele (Frauen-)Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst seither abgebaut wurden. Wenn aber die Frauen von ihrem Job nicht mehr leben können, sind sie gezwungen, sich wieder in die ökonomische Abhängigkeit eines Mannes zu begeben, oder ihr Leben in Armut zu fristen. Ein anderes Frauenleben ist in diesem Modell nicht vorgesehen. Denn die wenigsten Frauen gehören zu den unabhängig Reichen.

Auch höherwertige Arbeitsplätze von Frauen gehen durch Privatisierung verloren, etwa viele Frauenarbeitsplätze im öffentlichen Dienst, wo Frauen eine relative Gleichstellung erreicht hatten. Dies gilt besonders für das Bildungs- und Gesundheitswesen, in denen Frauen traditionell stark vertreten waren. Die Privatwirtschaft kennt keine Quotenregelung, Gleichbehandlungsbeauftragte und strenge Sanktionen bei sexuellen Übergriffen! Atypisch, ungesichert und als Zuverdienerin sind die Attribute und Bedingungen, unter denen Frauen dort arbeiten.

Ein weiterer Faktor ist, dass diese Entwicklung auch die Beschäftigung von illegalen ArbeiterInnen im Haushalt und im Gesundheits- u. Pflegebereich zu schlechtesten Arbeitsbedingungen fördert – Nutznießerinnen davon sind oft auch wir selbst.

Hand in Hand damit werden durch die Einschränkung des öffentlichen Sektors viele Leistungen, die bisher von öffentlichen Einrichtungen abgedeckt wurden, wieder in die Familien verschoben, bzw. an die (Haus-)Frauen delegiert. Vor allem finanzschwache Bevölkerungsgruppen können sich eine Versorgung durch Private nicht leisten. Auch die Freiwilligenarbeit in Nachbarschaftshilfe, Vereinen und NGOs wird so enorm erhöht. Subventionen werden sie jedoch nicht mehr erhalten, denn dies gilt als wettbewerbsverzerrend. Und auch hier sind Frauen in überdurchschnittlichem Ausmaß mit untergeordneten Aufgaben unter- bis unbezahlt engagiert, oft weil sie es sind, die sich für das Funktionieren eines sozialen Lebens verantwortlich sehen.[8]

Im Bereich der Ökologie wird mittlerweile bereits von den realen Kosten gesprochen. Umweltschäden in ein Produkt einzurechnen, wird in fortschrittlichen Kreisen zunehmend als Notwendigkeit gesehen. Umso erstaunlicher ist es, dass eine reale Kalkulation, Bewertung und Bezahlung der Arbeit von Frauen, sei es am Arbeitsmarkt, im privaten Haushalt oder bei Umweltreparatur-Arbeiten nach wie vor unvorstellbar ist, ja sogar eine Debatte darüber wie ein Tabu behandelt wird. Diese Tabuisierung wird verständlich, wenn man bedenkt, dass das uneingeschränkte Hinein- und Hinausverschieben in diesen Bereich, je nach Nützlichkeit und Gewinnmöglichkeiten bzw. das Halten einer „Reservearmee“ nicht nur den Gewinnmaximierern nützt, sondern auch allen anderen, die bei einer realen Kalkulation wesentlich weniger verdienen würden bzw. sowohl Geld als auch Arbeit „gerechter“ teilen müssten.

Auch die Liberalisierung der Bildungseinrichtungen hat für Frauen enorm negative Konsequenzen. Ein nachfrageorientiertes Bildungsangebot, wie es private Institutionen anbieten, bringt in erster Linie Bildung für jene, die es sich leisten können, führt zur Verstärkung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und verstärkt Geschlechterstereotypen. In den Ländern des Südens zeigt sich recht deutlich, dass der Unterschied im Schulbesuch zwischen Burschen und Mädchen umso weiter auseinanderliegt, je weniger Geld der Staat für Schulen und das Bildungssystem ausgibt.

Die UNO Sonderberichterstatterin für das Recht auf Bildung, Katarina Tomasevski, betont in ihrem jüngsten Bericht, dass der Zugang aller zu Bildung eine Staatenverantwortlichkeit ist. Sie befürchtet jedoch eine Beeinträchtigung durch den zunehmenden Einfluss von „Bildungsexporten“. Und sie

stellt die Frage, ob die derzeitige Entwicklung nicht eher auf eine schrittweise Liberalisierung des Handels mit Bildung als auf eine Verwirklichung des Rechts auf Bildung für alle gerichtet ist.[9]

Auch im Wohnbau und bei den Preisen für Mieten würden sich gravierende Veränderungen ergeben. Der Druck durch den sozialen Wohnbau auf die Preise der restlichen Mieten würde wegfallen, der Standard von Wohnungen generell nach unten und die Kosten nach oben gehen. Was dies für Frauen aus sozial benachteiligten Schichten bedeutet, können wir uns gut vorstellen.

Auch auf dem Energiesektor oder im Telekombereich werden die Versprechen, dass durch Liberalisierung und Privatisierung alles billiger wird, nicht immer eingehalten. Denn meist werden zwar die Kosten für Großverbraucher massiv gesenkt, private Haushalte und Kleingewerbebetriebe jedoch haben diese Kostensenkung mitzutragen und sehen sich rasch mit höheren Preisen konfrontiert.

Nach letzten Meldungen könnte auch die geplante Liberalisierung auf dem Gasmarkt zu Lieferengpässen und höheren Preisen für die Konsumenten führen. Die OÖ Ferngas befürchtet nämlich, dass derzeit auf mehrere Jahre abgeschlossene Lieferverträge durch Erdgas-Börsen ersetzt werden. Das würde dazu führen, dass kein Geld mehr in notwendige Infrastruktur (Transportleitungen) fließt, denn das Risiko eines Lieferantenwechsels bei Investitionen, die sich erst nach 20 Jahren rechnen, sei viel zu hoch. Unter diesen Umständen sei nicht auszuschließen, dass die Versorgungsqualität schlechter werde und die entstehende Erdgasverknappung eine Preissteigerung bewirke. Was Qualität bezüglich Gasleitungen bedeutet, wissen die Einwohner von Wien, wo viele Häuser aus der Jahrhundertwende stammen, ganz besonders gut.

Und schließlich sind die Verschlechterungen im öffentlichen Transport und Verkehrswesen nicht zu unterschätzen. Wie bereits erwähnt, geht es hier um die Ausdünnung öffentlicher Infrastruktur, um Schließung von Postämtern (Paket- und Brieftransporte), um Gütertransporte im Allgemeinen, usw. Nicht nur wesentlich höhere Preise in entlegeneren Gegenden, sondern auch ein Ersatz öffentlicher Möglichkeiten durch Wege per privaten PKWs werden das Leben von Frauen erschweren.

Frauen und Männer sind verschieden betroffen.

Wo aber liegen die Unterschiede?

Auf welcher Seite liegen die Belastungen,

... wenn kranke, alte, pflegebedürftige Familienmitglieder statt von einer Krankenschwester von einem anderen Familienmitglied gepflegt werden. Da es meist die Ehefrau, die Tochter oder die Schwiegertochter ist, die diese Arbeit übernimmt, ergibt sich die Antwort von selbst.

Wo liegt die Betroffenheit,

... wenn Frau ihren Arbeitsplatz in einer staatlichen oder kommunalen Einrichtung (etwa als Krankenschwester in einem Krankenhaus) verliert und sie statt dessen ihren Vater, Schwiegervater, Onkel zu Hause, unbezahlt und unbeachtet, pflegt – und, wenn sie selber in diese Situation kommt, keine Pflege zu erwarten hat – nicht von ihrem Mann, nicht von ihren Söhnen, nicht von einer öffentlichen Krankenpflege?

Wer werden die Leidtragenden sein,

... wenn die Bildung liberalisiert wird und der Zugang zu Bildung erstens teuer und zweitens nachfrageorientiert sein wird? Schon jetzt sind 2/3 der 890 Millionen Analphabeten Frauen. Nur 1 % des Vermögens weltweit ist in den Händen von Frauen, 99 % gehört den Männern.[10] Ein Abbau traditioneller Geschlechterstereotypen ist wahrscheinlich nicht im Interesse eines Wirtschaftssystems, das von der Ausbeutung billiger Arbeitskraft, und das ist mehrheitlich Frauenarbeitskraft im Norden und im Süden, lebt.

Wird es den Mann berühren,

... wenn Frau aufgrund fehlender Ausbildung (s.o.) Entscheidungen, die ihre Lebenssituation buchstäblich „auf ihre Kosten“ weiter verschlechtern werden, anderen überlassen muss? Oder werden die Entscheidungen dann nicht so fallen, wie es früher geschah oder in fundamental-katholischen oder -islamischen Gesellschaften der Fall ist, weil die Männer von der untergeordneten Position der Frau ganz gut profitieren? Und: geht es tatsächlich auch um eine Erneuerung des Projekts Patriarchat, gemeinsam mit der Erneuerung des Kapitalismus, unter dem Namen Neoliberalismus, wie Werlhof meint?[11]

Wird Mann einen Unterschied spüren,

... wenn er des Morgens, wie jeden Tag, mit dem Auto zur Arbeit fährt und abends nach Hause zurück? Was aber macht sie? Wegen der Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs werden private Unternehmen, um kostendeckend oder gewinnbringend zu arbeiten, rationalisieren und unprofitable Linien still legen. Staatliche Unternehmen können aus umfassend-volkswirtschaftlichen, umweltrelevanten Gründen oder aus gesamt-gesellschaftlicher Sicht eine Infrastruktur auch unter Verlusten aufrechterhalten, denn eine Entsiedelung ganzer Regionen mit den daraus resultierenden Folgen kommt dem Staat und den Steuerzahlern wesentlich teurer als die Erhaltung einer funktionierenden Infrastruktur, seien es Postämter, Bahn- oder Buslinien, etc.

Wie trifft es Mann,

... wenn Frau ihre Wege nicht mehr schafft? Begleitung der Kinder in Kindergarten und Schule, Einkäufe, Erledigungen bei Behörden, Arztbesuche, wenn die Kinder krank sind, Medikamente besorgen für die ganze Familie, Pakete abholen, Briefe aufgeben, notwendige Reparaturen organisieren, Krankenbesuche in der Nachbarschaft und - eventuell weiter weg - Verwandtschaft, den Weg an die eigene Arbeitsstelle, weil sein Gehalt nicht ausreicht oder weil er sich schon lange verabschiedet hat aus den Familienpflichten. Diese Wege werden 3 Mal so viel Zeit wie bisher in Anspruch nehmen, da die öffentlichen Verkehrsmittel seltener fahren werden und, wenn Linien überhaupt stillgelegt wurden, viel mehr Wege wieder zu Fuß und per Fahrrad zurückgelegt werden müssen.[12]

Wie wird das Leben von Frauen verändert,

... wenn durch die Forderung, Handel und Export zu erhöhen, in Marokko für die Herstellung von einem Liter Orangensaft, den wir hier trinken, 20 Liter Wasser benötigt wird, die dann den Menschen, die in der Wüste leben, abgehen? Und was heißt es für Frauen, wenn sie in Ostafrika wegen Umweltproblemen, die eine Großanlage oder Monokultur für den Export verursacht, 10 km weiter als früher zu einer Wasserstelle gehen müssen?

Wenn man die oben aufgezählte kleine Auswahl an Fallbeispielen gut durchdenkt oder sogar weiter spinnt, wird bald klar, dass vor allem Frauen die Verliererinnen sein werden, und es scheint ganz normal, dass es weniger im Interesse der Männer liegt, solche Veränderungen zu verhindern, ja Frau kann sogar davon ausgehen, dass es mehrheitlich Männer sind, die diese Veränderungen vorantreiben, weil meist Männer in den Entscheidungspositionen sitzen, seien es verhandelnde Beamte, Vertreter von transnationalen Unternehmen oder Aktionäre. Umso mehr muss uns Frauen klar sein, wie massiv unsere Lebenssituation verschlechtert wird und dass es vor allem an uns Frauen liegt, uns mit vereinten Kräften dagegen zu stellen.

Die Frage stellt sich: Warum akzeptieren Frauen es noch immer, mit so viel unbezahlter Arbeit das gesamte System so massiv zu unterstützen? Liegt es daran, dass Frau nicht weiß, was „die hohe Politik“, Wirtschaftsmächtige und Ideologen sich unter den Stichworten „Standortwettbewerb“ und „Wirtschaftswachstum als oberstes Prinzip“ zur Umverteilung von unten nach oben – und viele Frauen sind unten – einfallen lassen? Warum ist dies alles so leicht möglich? Ein Faktor liegt auch darin, dass Frauenangelegenheiten immer als ausschließlich „ihre private Angelegenheit“ deklariert werden und dass das „Normale“ die Ausrichtung auf das Leben des Mannes ist. Die Welt „mit den Augen einer Frau“ zu sehen oder auch nur mitzudenken, dass es zwei Geschlechter gibt, ist vielfach nicht opportun, auch nicht in Zeiten des Gender Mainstreamings, welches in Österreich durchaus auch zur Stärkung von Männerrechten verdreht wurde.

Resümee

Es sind die Frauen, welche die Belastungen auffangen müssen, die durch den Rückzug des Staates und der Rückzug der Reichsten dieser Welt aus der sozialen Verantwortung ausgelöst werden und sie zahlen den Preis für Sparkurse, Strukturanpassungs-programme und Nulldefizite. Sie werden, mehr denn je, mit der Nichtwertung und Nichtbezahlung ihrer Arbeit hohe Profite für andere erarbeiten. Dies zeigt sich in unterschiedlichen Ausprägungen sowohl in Ländern des Südens als auch bei uns. Frauen in Maquiladoras arbeiten nicht nur unter menschenunwürdigen Bedingungen, sie verdienen weniger, als sie zum Leben brauchen, sie ermöglichen billigste Preise der Produkte am Weltmarkt und Profite, aber sie bauen Schulen für ihre Kinder. In anderen Ländern richten Frauen Schulkantinen ein und kaufen Kreide und Schultafeln, wenn der Zugang zu einem Schulsystem unerschwinglich ist. Frauen organisieren Volksküchen und kämpfen ständig darum, dass ihre Arbeit anerkannt wird.

In Ländern des Nordens sind Frauen verstärkt mit Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen beschäftigt, weil staatliche Einrichtungen immer weniger und unerschwinglicher werden. Studien aus Deutschland belegen, dass die Belastungen und Burnout-Raten bei Frauen enorm gestiegen sind und sie die Menge der Arbeit bereits heute nicht mehr schaffen.

Die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen würde einen Rattenschwanz von negativen Begleiterscheinungen nach sich ziehen:

Frauen wird durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen der Zugang zu den Dienstleistungen erschwert und teilweise unmöglich gemacht. Dies führt zu schlechterer Gesundheitsvorsorge bis hin zu erhöhter Mortalität.[13] Es heißt weniger Zugang zu Bildung, was sich auf die Möglichkeit auswirkt, bei Entscheidungen mitzuwirken. Beschränkter Zugang zu Recht (Arbeitsrecht, Sozialrecht, Informationen über die Rechte von Staatsbürgern, etc.), Einschränkung der Mobilität, wenn es keinen öffentlichen Bus mehr gibt und das Privatauto des Mannes nicht zur Verfügung steht.

Das bedeutet einerseits ein Hinausdrängen der Frauen aus dem öffentlichen Raum, andererseits ständig wachsende Mehrbelastung. Von den Zielen einer Geschlechtergerechtigkeit kann keine Rede mehr sein!

Im Bereich der Politik nehmen solch weitreichenden Privatisierungen der Politik ihre wichtigste Einflussmöglichkeit auf die Gesellschaft. Damit wird Gesellschaftspolitik und vor allem Frauenpolitik – eine Politik zur Förderung von Frauen und in Richtung gleichberechtigte Chancen für Frauen – unmöglich gemacht. Und es stellt sich die Frage, ob nicht in weiterer Folge nationale Politik von gewählten Politikern übergeht auf weniger demokratische supranationale Gebilde, wie die EU, oder überhaupt künftig von großen transnationalen Unternehmen gemacht wird – ein gänzlich undemokratisches Prinzip.

Der jüngste Bericht der UNO Menschenrechtskommissarin Mary Robinson zum GATS warnt eindringlich vor einem unregulierten Öffnen sensibler Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Wasser. Sie befürchtet, dass bisher noch wenig liberalisierte Bereiche dem Verhandlungsdruck nicht standhalten könnten[14]. Über den Weg des GATS könnten derzeitige Menschenrechte zu Konsumgütern werden, die auf einem weltweiten Markt erkaufte werden müssen, befürchtet auch WIDE[15], ein internationales Frauen-Netzwerk.

GATS ist vor allem ein Rückschritt für Frauen!

Da weite Teile der Öffentlichkeit über diese einschneidenden Vorgänge auf internationaler Ebene nicht informiert sind, wurde eine Kampagne gegen das GATS ("Stop the GATS") beschlossen, der sich bisher 430 Organisationen aus 53 Ländern angeschlossen haben. Beteiligt sind auch Frauen-NGOs wie das Asia Pacific Forum on Women, Law and Development, das Equipo de Seguimiento, Investigación y Propuestas para las Mujeres (Argentinien), das Townsville Feminist Collective (Australien), die Development Alternatives with Women for a New Era (Fidji), das Education Network Among Women in Latin America and the Caribbean (Uruguay).[16] Obwohl die Forderungen der Länder des Südens und des Nordens im Einzelnen differieren, ist das Ziel für alle gleich: die völlige Liberalisierung und Deregulierung aller Dienstleistungen durch das GATS-Abkommen zu stoppen.

Auch in Österreich läuft eine europaweit koordinierte GATS-Kampagne. Eine eigene Website (> www.stoppgats.at) informiert über die laufenden Ereignisse und Aktivitäten und – hoffentlich auch bald über positive Ergebnisse. Da das GATS Frauen so massiv betreffen wird, ist Information und Aktion aus dem Blickwinkel der Frauen von entscheidender Bedeutung. Wir von FeministAttac bemühen uns darum!

[1] In Rom gab es großen Aufruhr, als bekannt wurde, dass berühmte Museen, Gebäude und Sehenswürdigkeiten privatisiert, sprich an ausländische Investoren verkauft werden sollen.

[2] So formulierte es der US-Verband für das Dienstleistungsgewerbe 1998 in seinen Forderungen, die die US-Regierung bei den WTO-Verhandlungen einbringen sollte; Zit. in: Susan George. In der Millenniumsrunde wird Europa über den Tisch gezogen. Das europäische Haus ohne Hüter. In: Le Monde Diplomatique, die Tageszeitung, WOZ, Juli 1999.

[3] Das öffentliche Vergabewesen beträgt im Durchschnitt 15 % des Bruttosozialprodukts.

[4] Analog zur Ausdehnung der Angebotserweiterung von der Ebene Österreichs auf die EU anlässlich des Beitritts Österreichs zur EU.

[5] Sogar renommierte britische Zeitungen bezeichnen die Privatisierung der Wasserversorgung als „The Great Water Robbery“ (The Daily Mail), bzw. als „Raubzug“, „legalisierter Überfall“, „Schwindel“ und „Piraterie“ (Financial Times)

[6] In Cochabamba/Bolivien wurde das städtische Wassersystem privaten Wasseranbietern geöffnet. Das ausländische Unternehmen, das den Zuschlag erhielt, erhöhte NutzerInnenpreise um bis zu 100 % - Massendemonstrationen und Streiks waren die Folge. Daraufhin nahm die Regierung die Entscheidung zurück - mit dem Ergebnis, dass das Unternehmen Bolivien beim International Centre for the Settlement of Investment Disputes der Weltbank geklagt hat. Der Ausgang des Streits ist noch offen.

[7] In Großbritannien wurde bereits der Studiengang „Philosophie“ abgeschafft. Das ist ein Anfang. Welche „unnötigen“ Studienrichtungen werden folgen? Etwa Sprachstudien, Sozial- und Gesellschaftswissenschaften, Kunst/Kultur, Biologie, Geografie, Naturwissenschaften ...?

[8] Frauen haben einen Anteil von 27 % am Erwerbseinkommen, leisten aber 67 % der gesamten unbezahlten Arbeit. (Madörin, Mascha, 1997)

[9] Lukas, Karin (feministATTAC), Das GATS aus Gender-Sicht, Anschläge 9/2002 / Beitrag über Wohnbau von Katharina Nagele, ebenfalls feministATTAC.

[10] Die mittlerweile berühmten Zahlen der UNO anlässlich der UN-Frauenkonferenz in Peking 1995. Allerdings darf frau annehmen, dass, wie aus vielen Detailstudien hervorgeht, sich die Lage der Frau inzwischen nicht verbessert hat.

[11] Claudia von Werlhof, Vortrag bei der Sommerakademie von ATTAC in Steinach/Tirol im Juli 2002.

[12] Eine Studie des VCÖ 1996 bestätigt, dass Frauen doppelt so viele Wegkilometer zurücklegen wie Männer: fährt er meist nur in die Arbeit und abends zurück, erledigt sie bis zu 7 Wegen mit vielen Querverbindungen pro Tag.

[13] In Harare, Zimbabwe, hatte sich 1995 die Sterberate von Frauen bei der Geburt innerhalb von zwei Jahren verdoppelt, nachdem das Gesundheitsbudget im Namen von Strukturanpassung von der Regierung um einen Drittel gekürzt worden war.

[14] s. Fn 9

[15] WIDE, Women in Development, eine Internationale Organisation, die sich weltweit für die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen einsetzt.

[16] Die vollständige Liste gibt es unter: www.gatswatch.org